

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Stercken, Klein (München), Dr. Mertes (Gerolstein), Graf Huyn, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Marx, Köster, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Abelein, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Dr. Czaja, Dr. Todenhöfer, Höffkes, Lamers, Frau Fischer, Schmöle, Dr. Kunz (Weiden) und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/1121 —

Lage im Libanon

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bekundet seine Solidarität mit dem unserem Volk befreundeten, durch Gewalteinwirkung leidgeprüften und gespaltenen Volk des Libanon. Er sieht in der Lösung des Libanon-Problems auch einen Beitrag zur Wahrung deutscher und europäischer Interessen, vor allem zur Stabilisierung des Friedens in der Nahostregion, die für den Weltfrieden von zentraler Bedeutung ist.

Der Deutschen Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- gemeinsam mit unseren Verbündeten einen neuen politischen Anlauf zu unternehmen, um Frieden und Freiheit für das libanesisches Volk durch Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien wiederherzustellen;
- insbesondere Friedensbemühungen innerhalb der Arabischen Liga zugunsten des Libanon aufzugreifen und nach Kräften zu unterstützen;
- auf die am Konflikt Beteiligten in dem Sinne einzuwirken, daß sie auf die Anwendung von Gewalt verzichten und daß allen religiösen und ethnischen Gruppen unterschiedslos uneingeschränkte Freiheit im Sinne des demokratischen Schutzes von Minderheiten und der Sicherung der Menschenrechte zuteil wird;
- der internationalen Staatengemeinschaft deutlich zu machen, daß angesichts der jetzigen Lage alle Einmischungen von außen sowie Gewaltakte von innen den inneren und äußeren Frieden zerstören, und daß daher die Souveränität sowie die Autorität des libanesischen Staates und seiner Organe ohne Einschränkung von allen Beteiligten zu respektieren sind;

- die Absicht der libanesischen Regierung zu unterstützen, den Truppen der VN (UNIFIL) im Zusammenwirken mit libanesischen Streitkräften den gesamten Süden des Landes, von der Grenze zu Israel bis zum Litanifluß, zur Kontrolle zuzuweisen;
- für eine Neutralisierung der an historischen Denkmälern reichen Stadt Tyros einzutreten;
- ihren Einfluß in den entsprechenden internationalen Gremien geltend zu machen, um den Abzug aller ausländischen Interventionskräfte und die Beendigung aller militärischen Operationen zu erreichen. Damit soll die libanesische Regierung in die Lage versetzt werden, mit eigenen Ordnungskräften die innere Sicherheit des Landes in alleiniger Verantwortung wiederherzustellen, damit die wichtigste Voraussetzung für die Sicherung des Friedens, der Freiheit, der Menschenrechte, des Schutzes aller ethnischen und religiösen Gruppen und den Wiederaufbau des Libanon geschaffen wird;
- in dem der Bundesrepublik Deutschland möglichen Umfang am Wiederaufbau des Libanon mitzuwirken.

Bonn, den 27. Mai 1982

Der Auswärtige Ausschuß

Frau Renger	Schäfer (Mainz)
Stellv. Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Schäfer (Mainz)

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU betreffend Lage im Libanon ist im Plenum des Deutschen Bundestages in der 77. Sitzung vom 15. Januar 1982 in erster Lesung beraten und dem Auswärtigen Ausschuß sowie zur Mitberatung dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen worden.

Der Auswärtige Ausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 26. Mai 1982 abschließend beraten. Dabei zeigte sich, daß in den Grundanliegen des Antrags weitgehende Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen bestand. Daher gelang es, den Antrag so

zu formulieren, daß er von allen Fraktionen gebilligt wurde. Neu aufgenommen wurde insbesondere eine Aufforderung an die Bundesregierung, gemeinsam mit den Verbündeten eine neue Initiative zu unternehmen, um Frieden und Freiheit für das libanesische Volk durch Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien wiederherzustellen.

Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt dem Deutschen Bundestag einstimmig, den Entschließungsantrag in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung anzunehmen. Namens des Auswärtigen Ausschusses bitte ich, dieser Empfehlung zu entsprechen.

Bonn, den 27. Mai 1982

Schäfer (Mainz)

Berichterstatter